

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Expedition: Neue Brannenstraße 5 mit dem Ausleger zu beziehen. Preis pro Woche 1.25 Bzg. für 3 Monate 3.75 Bzg. Das die Volk bezogen frei im Haus wo keine Volk am Orte 5.50

Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 1206. Bohlen-Romo Breslau Nr. 5532.

Volkswacht

für Schlessen und „Mlegnitzer Volkszeitung“.

Organ für die werftätige Bevölkerung.

Abgabe pro Jahr beträgt für die einjährige Abonnenten oder deren Raum für Breslau und Schlessen 18 Bzg., außerhalb 20 Bzg. Doppeljahr unter Text 1.30 Bzg. Arbeitslose, Wohnungs-, Vereins- u. W. räumliche Anzeigen 20 Bzg. Familien - Nachrichten 25 Bzg. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis mittags 8 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Fernsprecher: Redaktion Nr. 514. Bohlen-Romo Breslau Nr. 5532.

Nr. 173.

Breslau, Freitag, den 26 Juli 1918.

29. Jahrgang.

Der Stand der Schlachten.

Die Entscheidungsschlacht?

Zu den vielen Annahmen, daß es sich bei dem großen Ringen in Frankreich um das Suchen der endgültigen Entscheidung handelt, wird jetzt auch noch ein Ausspruch des Generals Foch kolportiert, der in Chalons gesagt haben soll: „In diesem Jahre noch wird Frankreich die Entscheidung des Weltkrieges unter allen Umständen herbeiführen.“ Die ständig sich erneuernden Angriffe lassen darauf schließen, daß Frankreich diese Entscheidung mindestens sucht. Um so wichtiger sind objektive Betrachtungen über den Verlauf der Schlacht, die aus den beiderseitigen Heeresberichten gezogen werden können. Der letzte deutsche Abendbericht meldet neue heftige Angriffe der Feinde:

Heftige Zeitkämpfe auf dem Schlachtfeld zwischen Soissons und Reims.

Nach vor den Ereignissen der letzten Tage schilderte unser militärischer Mitarbeiter

Oberst a. D. Gäble

den Verlauf der Schlacht und die Absichten des Generals Foch in folgender Weise:

„Die Lehre, die Foch früher empfing, ging nicht ungenutzt an ihm vorüber. Schon bei Noyon-Belfort ließ er sich nicht mehr überlassen, und dann noch weniger in der Champagne. Beide Heeresstellungen, die deutsche wie die französische, befanden übereinstimmend, daß der deutsche Angriff des 15. Juli wochenlang vorher dem Gegner bekannt gewesen sei. Daraufhin beschloß General Foch, seine Veranlassung für die Entscheidungsschlacht zu nehmen und gründete seinen Plan auf die Gestaltung der Kampflinie, die aus dem Verlaufe jener Schlacht entstanden war. Die deutsche Front bildete zwischen Reims und Marne einen tief nach Süden gerichteten Beutel, der eine Bedrohung der Verbindungslinien von Paris nach dem Osten und noch mehr eine Gefährdung der rückwärtigen Verbindungen von Reims bedeutete, aber auch seinerseits dem Gegner eine Planke bot, wenn er die nötigen Angriffskräfte aufbringen konnte. Dehin ging Fochs unablässiges Streben. Und es gelang ihm

Freilich nur, weil allmählich die Waffenhilfe Amerikas wirksam zu werden begann. Unterhalb Jahre nach dem Beginn seiner Kämpfe waren hunderttausende von Kriegern genügend ausgebildet, um in die blutige Prüfung der Schlacht geworfen zu werden. Frachtraum und Sicherungsmaßnahmen genügten, um sie in anscheinend ununterbrochener Folge über den Ocean zu führen. Dort wurde ihre Ausbildung in Übungslagern mit Hilfe französischer Lehrer nach den neuesten Lehren des Krieges vervollständigt. Der Krieg selbst ist ja ein rascher und eindringlicher Lehrmeister.

In immer mehr Frontabschnitten wurden amerikanische Divisionen einsteilt und letzten dort allmählich auch praktisch das Kriegshandwerk kennen: andere Briten wurden ebenfalls Divisionen zugewiesen, um deren Mannschafsmangel abzuwehfen. Auch Italiener wurden nach dem Westen geschickt. So gelang es Foch in der Umgegend von Paris allmählich wieder eine ansehnliche Truppenmasse anzuhäufen. Dort fanden sie geschickt zur Verteidigung, wenn sich deutsche Heere wirklich gegen die stark besetzte Hauptstadt in Bewegung setzen sollten, aber ebenso handlich, um rasch gegen Vlaubern und Amiens verschoben oder zum großen Angriff gegen den Raum Soissons-Chateau Thierry eingesetzt zu werden.

Um sich seine Streikräfte für diesen Stoß ungehindert zu erhalten und sie nicht wieder zur Unterfütterung einer Verteidigungsfront einsetzen zu müssen, beschloß Foch dem vorausgesehenen Angriff der Deutschen in der Champagne auszuweichen. Seine dort stehenden Heere erhielten den Befehl, die vordere Linie zu räumen und kämpfend in ihre unterfütterte Hauptstellung zurückzugehen. Dort hielt man sie für stark genug, dem deutschen Angriff längere Zeit standzuhalten und ihn in eine Reihe langwieriger örtlicher Kämpfe aufzulösen, die nach allen eigenen Erfahrungen des Gegners die deutschen Reserven in hohem Maße verdrängen mußten. Daß die deutsche Heeresleitung in diese Falle nicht hineingefallen ist, hat sie schließlich Herr und Meister

In der Mitte, südwestlich Reims und südlich der Marne, standen genügend französische, amerikanische, italienische Kräfte bereit, den deutschen Stoß nicht nur in der Abwehr aufzufangen, sondern ihm in entschlossenem Gegenangriff entgegenzutreten.

Der Angriff Fochs, den seine Truppen mit großer Macht durchführte, ist anfänglich nicht ohne Erfolg geblieben; er hat Raum, Gefangene und Geschütze gewonnen. Am dritten Tage aber war die Gewalt seines Aufstieges gebrochen; trotz der amerikanischen Hilfe hatte er schließlich doch nicht Truppen genug, um ihn in gleicher Macht fortzuführen zu können. Am vierten Tage begann sich deutlich ein schließlicher Mißerfolg abzuzeichnen, und am 22. Juli hat er in der entscheidendsten Richtung, zwischen Reims und Durcq, das heißt auf Soissons seine Angriffe zunächst nicht wieder aufnehmen vermocht. Es muß sich bald herausstellen, ob seine Reserven wieder einmal verbraucht sind. Die deutsche Heeresleitung teilt mit, daß sie ihre strategische Reserve zur Abwehr des Stoßes nicht habe einsetzen brauchen. In diesem Falle hat sie die volle Freiheit des Handelns behauptet.

Etwas später als diese Zeilen sind die Betrachtungen angestellt, die

Generalleutnant von Ardenne

im „Berliner Tageblatt“ über eine event. Frontverlängerung schreibt:

„Auch am 23. Juli, also am letzten Kampftage, hat sich die harte Arbeit an der ganzen Front fortgesetzt. Südlich von Soissons, bei Willemontore und Hartennes scheint der Feind durchaus einen Durchbruch haben erzwungen wollen. Dies beweist sein fünfmal mislungenen Angriff. Den nächsten leidenschaftlichen Siegeswunsch ließen südlich des Durcq die Angriffe von Hocourt und dem Wal von Chatelet aus erkennen. Sie erschickten ebenso wie die Anläufe südwestlich von Reims zwischen Marne und Ardre. Dort litten besonders wieder die Italiener für die die dortige Waldwildnis ein Unglücksfeld geworden ist.

Wenn trotz dieser Siege die deutsche Frontverlängerung zur Ausführung kommen sollte, so ist vor allem festzuhalten, daß die deutschen Armeen sich in Feindesland und im Bewegungskriege befinden. Ein zeitweiliges Zurückgehen gibt somit kein eigenes Land auf und das fremde auch nicht auf die Dauer. Der Bewegungskrieg ändert die Situation mit jedem Tage, verlangt eine Schlichteileitung von Fall zu Fall. Ein momentanes Aufgeben der Marne-Linie deutschereits würde unsere Gegner daher keineswegs zu dem Jubel berechtigen, in den sie beim Bekanntwerden dieser Nachricht zweifellos ausbrechen würden. Die deutsche Heeresleitung will keine Stromlinien, sondern die Schlacht gewinnen.“

General Liebert,

der immer ein Anhänger des festen Draufgehens war, schließt seinen letzten Bericht in der „Täglichen Rundschau“ in Berlin mit folgenden Worten:

„Selbst wenn die Obere Heeresleitung es nicht mehr für angeeignet erachtet, weitere große Offensivunternehmungen in Szene zu setzen, so bleibt ihr ein anderes Mittel zur Vernichtung des Gegners in dem Aussehen der mächtigen, überlegenen Artillerie. Da uns täglich die Vernichtung angedeutet wird, so haben wir wohl auch vollumfängliches Recht, die Vernichtung drüben zur Ausführung zu bringen. Vielleicht wird ein heroisches Verfehlen die Franzosen zu Einsicht bringen, daß sie sich und ihr Vaterland dem angelsächsischen Moloch zweifellos zum Opfer bringen.“

Daß ausgerechnet General Liebert sich auf einmal auf die friedensfreundlichen Pariser Arbeiter beruft, ist ein seltsamer plötzlicher Umsturz. Sollte auch er sich zu den Worten Kühlmanns bekehrt haben? Die Waffen allein können nicht machen? Die Wandlung käme etwas plötzlich.

Der Herzog von Mecklenburg König von Finnland.

Endlich erreicht!

Berlin, 23. Juli. Die „Vossische Zeitung“ berichtet nach der Petersburger „Dowaja Gaseta“, daß die Sitzung des finnischen Landtages vom 18. Juli unter besonders feierlichen Umständen vor sich ging, da in dieser Sitzung über den Antrag, die Monarchie in Finnland einzuführen, abgestimmt wurde. Der Antrag wurde schließlich mit 18 Stimmen Mehrheit angenommen, was zu großen Freudentuschungen in der Stadt Anlaß gab. In derselben Sitzung des Landtages wurde eine Deputation gewählt, die dem Herzog von Mecklenburg-Schwerin die Krone anbieten soll. Der neue König soll mit der Deputation zugleich auf einem der neuen finnischen Kriegsschiffe zurückfahren. Auch der Senat hat das Projekt des Landtages bewilligt.

Erst mußte man die Sozialdemokratie vergewaltigen und dann die widerpenftigen bürgerlichen Abgeordneten feste quetschen, um endlich die Monarchie zu errichten. Jetzt tritt der Mecklenburger an ihre Spitze! Natürlich gibt es da Freudentuschungen!

Das Gezänk um den Thron von Vitauen, für den bekanntlich Ulrich von Württemberg als Windrose II. mit allen gegen 4 sozialdemokratische Stimmen in Wilna gewählt sein soll, geht weiter.

Im Auslande aber ist die ganze Presse voll Betrachtungen: Deutschland macht seine Eroberungen — es setzt nur überall deutsche Fürsten hin!

Verluste der Amerikaner.

Rotterdam, 24. Juli. „Daily Telegraph“ meldet aus New York: „Die amerikanische Verlustliste, die gestern veröffentlicht war, verzeichnet 12716 Mann, von denen 1510 im Kampf gefallen, 678 an ihren Wunden gestorben und 543 durch Unfall ums gekommen sind. 1399 sind an Krankheiten gestorben, 5817 verwundet, 593 vermißt oder gefangen. Die Verluste der Marine betragen 1885 Männer. Amerika und England sind die einzigen Länder, die genaue Verlustzahlen veröffentlichen.“

Das Ringen in Albanien.

Wien, 25. Juli. (Amtlich.)

Italienischer Kriegshauptqu. Keine besonderen Ereignisse.

Albanien. Gektern früh haben unsere Truppen bei Ruci den Übergang über den Semeni erkaämpft. Unsere tapferen Vatajane hatten heftigen feindlichen Widerstand zu überwinden. Es wurden zahlreiche Gefangene erbebracht. Auch zwischen Rucel und dem Meere führten erfolgreiche Vorstöße zu Geländegewinn.

Der Chef des Generalstabes.

Französischer Orientbericht vom 23. Juli In Albanien führten unsere Operationen zur Besetzung der ganzen das rechte Ufer des Devoll-Tales beherrschenden Gebirgsgegend Stromaufwärts der Gaita bemächtigt u wir uns bei der Abnabung auf dem linken Ufer der Dörfer Raghaba und Kofoshova. Wir schlugen mehrere Gegenangriffe zurück. Die Zahl der von unseren Truppen im Laufe des 21. und 22. Juli erbebrachten Gefangenen beläuft sich auf 642, darunter 10 Offiziere. Untererleits sind die Verluste unbedeutend. Diese Operationen vervollständigen die Erfolge, die wir in zweimonatigen Kämpfen mit Streitkräften erzielten, die dem Feinde an Zahl unterlegen waren. Unsere Angriffe waren dank der durchgreifenden Korrekturen und dank der Tapferkeit unserer Truppen von Erfolg gekrönt. Diese Abten im Laufe der Kämpfe, welche bald im Schnee, bald unter unerträglich hoher in dem sehr schwierigen Gelände zu führen waren, durch ihre Beweiskraft und ihre Entschlossenheit unüberwindlichen Einflusses auf den Feind ausübten.

Ein auffälliger Irrtum.

„Vaterland“ nicht versenkt.

Nach den Mitteilungen des Bureau Meuter ist das am 20. Juli von einem deutschen U-Boot nordwestlich von Island torpedierte Schiff nicht der Dampfer „Vaterland“, sondern der 1917 in England fertigestellte 32120 Tonnen große Turbinendampfer „Justitia“, der bis vor kurzem für Holland fuhr und den Namen „Statendam“ führte.

Obwohl zu dieser Meldung von amtlicher deutscher Seite Stellung genommen werden kann, muß nach Wolffs Bureau erst die mündliche Berichterstattung des beteiligten gewesenen U-Boot-Kommandanten abgewartet werden. Der kürzlich über die Verrentung des „Vaterland“ erfolgten Veröffentlichung lagen funktelegraphische Meldungen zu Grunde.

Inzwischen werden aber nähere Einzelheiten bekannt, die es zweifellos erscheinen lassen, daß nicht „Vaterland“, sondern eben dieser Holländer versenkt wurde.

Meuter meldet: „Daily Mail“ erfährt, daß nach eingelaufenen Berichten drei bis acht U-Boote an dem Angriff auf den Dampfer „Justitia“ teilgenommen haben. Die beteiligten Heiberer griffen die U-Boote an. Patrouillenfahrzeuge keilten ihnen Befand. Ein Schleppdampfer nahm das Schiff in 8 Schlepptau. Zwischen 3 Uhr nachmittags und 8 Uhr früh wurden sieben Torpedos auf die „Justitia“ abgefeuert. Der erste Torpedo traf. Um 10 Uhr morgens kam ein U-Boot an die Oberfläche und feuerte zwei Torpedos ab, die das Schiff vorn und rückwärts trafen. Die „Justitia“ sank um 1 Uhr nachmittags.

Das Schiff führte eine Besatzung von 600 bis 700 Mann. 11 Personen sind tot. Passagiere sind nicht umgekommen. Das erste Torpedo traf den Maschinenraum, wodurch das Schiff stoppen mußte. Es wurden verschiedene Heizer getötet.

Verschiedene Blätter bezeichnen den nun versenkten Dampfer als den zweitgrößten der Welt, das ist natürlich ein neuer Irrtum. Das zweitgrößte Schiff ist der „Imperator“ in Hamburg, das Schweißerschiff des „Vaterland“, und auch dieses ist inzwischen an die dritte Stelle gerückt durch den „Bianara“, der zur selben Klasse gehört. Zwischen diesem und der „Justitia“ standen früher noch „Titanic“ und „Atlantic“ der White-Star-Linie.

Das Mißverständnis bei diesem großen Dampfer zeigt aufs neue, wie schwer die Feststellung der versenkten Schiffe auf dem Meere manchmal ist und klärt vielleicht manchen Irrtum auf, der zwischen den Angaben der einzelnen Länder über die U-Bootsverluste besteht. Soeben geben die Engländer die Gesamtzahl der Versenkungen im Juni mit 275000 Tonnen an, während unser Admiraltätsbericht bekanntlich 521000 Tonnen berechnete. Für Mai zählte England 357000 To., wüüber 600000.

Zum Teil erklärt sich die Differenz vielleicht dadurch, daß England nur die reinen Handelskommoden zählt und den Verlust der für Kriegszwecke benutzten Handelsschiffe verschweigt. Zum Teil kommen vielleicht Irrtümer in der Schätzung, später gerettete und wieder abgeschleppte Schiffe in Frage. Bei dem obigen Irrtum würde in einem einzigen Falle die Versenkungsziffer von 54000 Tonnen auf 32000 sinken, das ist auch gerade die Differenz zwischen den Angaben über die Gesamttonnenzahl. England schließt seinen letzten Monatsbericht mit der Bemerkung: „Die Verluste der britischen, alliierten und neutralen Tonnage einschließlich der Seeverluste sind im Juni 1918 niedriger als in jedem anderen Monat seit September 1916. Die Verluste in den mit dem 30. Juni 1918 abschließenden drei Monaten sind niedriger als in jedem anderen Quartal seit dem dritten Viertel des Jahres 1914.“

Deutscher Tagesbericht.

Wochenspannung, 26. Juli. (Wittlich.)

Westlicher Kriegshandlung.

Westliche Kriegshandlung. Zwischen Dreyer und Debatere...

Westliche Kriegshandlung. Zwischen Dreyer und Debatere...

Westliche Kriegshandlung. Zwischen Dreyer und Debatere...

Westliche Kriegshandlung. Zwischen Dreyer und Debatere...

Die Berichte der Gegner.

Amerikanischer Bericht vom 24. Juli. Zwischen Dreyer und Debatere...

Frankösischer Bericht vom 24. Juli. Zwischen Dreyer und Debatere...

Frankösischer Bericht vom 25. Juli. Zwischen Dreyer und Debatere...

Frankösischer Bericht vom 25. Juli. Zwischen Dreyer und Debatere...

Frankösischer Bericht vom 25. Juli. Zwischen Dreyer und Debatere...

Frankösischer Bericht vom 25. Juli. Zwischen Dreyer und Debatere...

Fliegerwifhandlung?

Berlin, 24. Juli. Die beiden deutschen Fliegeroffiziere...

Eine königliche Hofkapellmeisterin.

Roman von Ludwig Bendler.

(Nachdr. verb.)

„Liesien Sie die Meins einmal aus.“

„Liesien Sie die Meins einmal aus.“

„Liesien Sie die Meins einmal aus.“

„Liesien Sie die Meins einmal aus.“

„Liesien Sie die Meins einmal aus.“

„Liesien Sie die Meins einmal aus.“

„Liesien Sie die Meins einmal aus.“

„Liesien Sie die Meins einmal aus.“

„Liesien Sie die Meins einmal aus.“

„Liesien Sie die Meins einmal aus.“

„Liesien Sie die Meins einmal aus.“

„Liesien Sie die Meins einmal aus.“

„Liesien Sie die Meins einmal aus.“

Wachen verurteilt... Die beiden Offiziere...

Die Völkerschlacht.

Berlin, 25. Juli. Wolffs Bureau meldet: Neberrnenschliche Anstrengungen...

Ans einem wahren Völkergemisch...

Ans einem wahren Völkergemisch...

Ans einem wahren Völkergemisch...

Ans einem wahren Völkergemisch...

Ans einem wahren Völkergemisch...

Der Monarchistenkongress in Kiew.

Kiew, 25. Juli. Der Monarchistenkongress...

Kiew, 25. Juli. Der Monarchistenkongress...

Kiew, 25. Juli. Der Monarchistenkongress...

Kiew, 25. Juli. Der Monarchistenkongress...

Kiew, 25. Juli. Der Monarchistenkongress...

Kiew, 25. Juli. Der Monarchistenkongress...

Kiew, 25. Juli. Der Monarchistenkongress...

Kiew, 25. Juli. Der Monarchistenkongress...

Kiew, 25. Juli. Der Monarchistenkongress...

Kiew, 25. Juli. Der Monarchistenkongress...

Kiew, 25. Juli. Der Monarchistenkongress...

Kiew, 25. Juli. Der Monarchistenkongress...

Kiew, 25. Juli. Der Monarchistenkongress...

Auflösung oder nicht?

Zu der Frage der Landtagsauflösung...

Die Versuche der „Nordb. Allg. Ztg.“...

Die Versuche der „Nordb. Allg. Ztg.“...

Die Versuche der „Nordb. Allg. Ztg.“...

Die Versuche der „Nordb. Allg. Ztg.“...

Die Versuche der „Nordb. Allg. Ztg.“...

Die Versuche der „Nordb. Allg. Ztg.“...

Die Versuche der „Nordb. Allg. Ztg.“...

Die Versuche der „Nordb. Allg. Ztg.“...

Die Versuche der „Nordb. Allg. Ztg.“...

Die Versuche der „Nordb. Allg. Ztg.“...

Die Versuche der „Nordb. Allg. Ztg.“...

Die Versuche der „Nordb. Allg. Ztg.“...

Die Versuche der „Nordb. Allg. Ztg.“...

Wach empfinden zu werden...

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“...

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“...

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“...

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“...

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“...

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“...

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“...

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“...

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“...

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“...

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“...

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“...

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“...

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“...

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“...

Abg. Bauer über die Versammlungs-Freiheit.

Nach dem amtlichen Stenogramm des Reichstags führte der Abg. Bauer (Soz.) folgendes über die Versammlungs-Freiheit in Schlesien weiter aus. (Siehe die gestrige Nummer der „Volkswacht“:

Meine Herren, dasselbe trifft zu für die ganze Provinz Schlesien, nur Obereschlesien hat, wie gesagt, im vorigen Jahre diesen Bescheid erteilt. Das die Verordnung sich nicht im Interesse der Unternehmer bewegt, ist im Interesse der Arbeiter jeder Art, die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gerichtete Tätigkeit unterbinden soll. Die Handhabung dieser Verfassungsvor. Die Betriebs- und Mitgliederversammlungen wurden meist verboten. Das Verbot ist aber dann in der Regel so weit, dass die Versammlungen nicht mehr abgehalten werden konnten, die doch bereits publiziert waren und in dem das Generalkommando aus dem Gedanken, ein neues Verbot zu erlassen; es bestimmte, dass die Versammlung von genehmigungsbedürftigen Versammlungen sowie die Aufhebung der Teilnahme an solchen sei es mündlich, sei es schriftlich, durch Aufschlag oder durch die Verweigerung der Bescheinigung der Versammlungen nicht erteilt ist. Meine Herren,

das war ein ganz genialer Streich, denn dort das Stellvertretende Generalkommando in Breslau hat; denn auf diese Weise bräute es die Versammlungen nicht mehr zu verhindern. Die Genehmigung wird so erteilt, dass die Versammlung eben gar nicht mehr zu dem Zeitpunkt, dem sie genehmigt ist, vorbereitet werden kann. (Hört, hört! b. d. Soz.)

Aber meine Herren, das Verbot der Versammlungen nicht früher bekanntgegeben werden dürfen als die Genehmigung da ist, bringt, auch die die Angehörigen der Gewerkschaften eine ungeheure Gefahr mit sich. Die Versammlungen werden nämlich auf Verlangen der Mitglieder beziehungsweise der Vertrauensleute berufen. Diese fragen nun natürlich die Angehörigen der Gewerkschaften, wann und wo die Versammlung stattfindet. Er darf aber keine Auskunft geben, sonst wird er strafbar. Verweigert die Auskunft, so sagt der Mitglieder: ich darf keine Auskunft geben, so erregt das Misstrauen und Beunruhigung. Es kann vorkommen, dass die Angehörigen der Gewerkschaften in eine ganz unhaltbare Position kommen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Gewerkschaften aller Richtungen in Schlesien haben sich dann bemüht, durch mehrfache Eingaben und mündliche Verhandlungen, das Generalkommando zu einer veränderten Stellung gegenüber den gewerkschaftlichen Versammlungen zu bewegen. Aber, meine Herren,

alle Bemühungen waren vergeblich;

der einzige Erfolg war die Herabsetzung der Anmeldefrist von 8 bis 10 auf 6 Tage durch eine Bekanntmachung vom 10. November 1917. Zu welchen Ergebnissen diese Bestimmung führt, meine Herren, dafür möchte ich Ihnen nur ein paar Fälle nennen. Eine Aufforderung, die mir vorliegt, ergibt, dass in 19 Fällen, in denen Versammlungen anberaumt waren und die Genehmigung nachgeholt war, diese Versammlungen nicht abgehalten werden konnten, weil, trotzdem sie rechtzeitig, nämlich 6—19 Tage vorher angemeldet waren, die Genehmigung dazu entweder am Tage vor dem Versammlungstage oder erst am dem Tage eintraf, an dem die Versammlung stattfinden sollte. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Einladung zur Versammlung oder die öffentliche Bekanntmachung ist verboten, bevor die Genehmigung da ist. Heute kommt die Genehmigung, das ist morgen die Versammlung abhalten darf! Das ist natürlich unmöglich, weil ich gar keine Vorbereitungen mehr treffen, keine Einladungen verschicken, keine Publikation in den Zeitungen vornehmen kann. Das Stellvertretende Generalkommando des VI. Korps antwortet auf Beschwerden, es sei Vorsorge getroffen für eine beschleunigte Erledigung der Versammlungsanträge; und sagt dann:

Wenn trotzdem angeblich —

— Alle diese Fälle sind dem Generalkommando mitgeteilt, aber es sagt „angeblich“ — hin und wieder — In einem Zeitraum von zwei Monaten sind es 19 Fälle! — (Hört, hört! b. d. Soz.) die die Genehmigung ausstehende Verfügung infolge nötiger Rückfragen erst kurz vor dem Versammlungstermin eintrifft, so liegt das an der Herabsetzung der Genehmigungsfrist auf sechs Tage, die bekanntlich mit Rücksicht auf Wünsche der betreffenden Kreise erfolgt ist. Meine Herren, die Beschwerdeverfahren werden also hinterdrein noch verhöht.

Denn diese Verfügung auf die zu kurze Frist von sechs Tagen ist bei diesen 19 Fällen verstoßen. Die Versammlungen waren nämlich in zwei Fällen sechs Tage vorher beantragt, in vier Fällen zehn bis elf Tage vorher und in 13 Fällen 13 bis 19 Tage vor dem Versammlungstermin, und dann kommt der Bescheid einen Tag vor dem Stattfinden der Versammlung oder am Versammlungstage selbst! (Hört, hört! b. d. Soz.) Und das soll man dann immer geduldig hinnehmen und glauben, dass das lediglich Zufall sei und alles in bester Absicht geschehe.

Die Bedingungen, unter denen die Versammlungen dann gestattet werden, stehen auf gleicher Höhe. Es wird zur Pflicht gemacht

keine Angriffe gegen andere Parteien oder Behörden oder die Arbeitgeber zu richten.

Einer Gewerkschaftsversammlung, in der über die Lohn- und Arbeitsbedingungen gesprochen wird, wird verboten Angriffe gegen die Arbeitgeber zu richten. Ich weiß nicht wie die Herren sich das vorstellen. Wenn die Leute aus einem Betriebe über diese Dinge sprechen, dann sind sie nicht so geschult, ihre Beschwerden ganz unter Außerachtlassung des Arbeitgebers zu verhandeln. Da erfolgt eben auch einmal ein Angriff auf die Person des Arbeitgebers, der im übrigen durchaus nicht traglich zu nehmen ist, und gerade unsere

Gewerkschaftsleiter sind es, die ihren Mitgliebere, den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, Kreis zum Bewusstsein führen: eure Beschwerden und euer Kampf um eine bessere Existenz richten sich nicht gegen den einzelnen Arbeitgeber, der auch nur ein Produkt seiner Verhältnisse ist, sondern das ist ein Kampf, den wir gegen die bestehenden Verhältnisse führen, durchaus nicht gegen einzelne Personen.

Die erwähnten Bestimmungen lassen klar erkennen, dass es den Gewerkschaften auch in den genehmigten Versammlungen unmöglich gemacht werden soll, die wackeligen gewerkschaftlichen Aufgaben zu erfüllen. Jeder Versuch, dagegen und namentlich jeder Versuch, Unzufriedenheit in die Arbeiterschaft zu tragen, muss zur Aufhebung der Versammlung führen — heißt es in jeder Versammlungsgenehmigung. Es ist unendlich, wie das Generalkommando bestrebt ist, die Arbeitgeber oder die Behörden vor Angriffen zu schützen. Wenn die Arbeiter ihre Beschwerden vorbringen, sie wagen noch so beharrlich sein, dann soll die Versammlung ohne weiteres aufgelöst werden. Bei allen Maßnahmen ist der alleinige Zweck,

die gewerkschaftliche Tätigkeit zu unterbinden.

andere Zwecke und nicht einmündig und können auch nicht vorhanden sein. Mit welcher Verachtung Versammlungen verboten werden, ist kaum denkbar. Ich könnte Ihnen davon eine Menge von Beispielen anführen. Hier nur eines! Der Vorsitzende des Reichsbundes der Metallarbeiter und Feiler, namens Zehrfel, hatte zwei Versammlungen in Schlesien abgehalten in Eberswalde und für Schließung der Betriebe angemeldet, und zwar Mitgliederversammlungen, in denen er über Lohn und Löhne der gewerkschaftlichen Forderungen reden wollte. Das gestattete der Landrat auf Anweisung des Generalkommandos nicht; Zehrfel durfte nur über ein technisches Thema, nämlich über die Entwicklung der Metallindustrie reden. Dem Verbandsvorsitzenden, der seine Mitglieder versammelt, um mit ihnen gewerkschaftliche Forderungen zu erörtern, wird das verboten, er muss über andere Fragen sprechen!

Dann aber das schamlose, meine Herren! In diesen Versammlungen sind

zwei Polizeibeamte anwesend.

Das Generalkommando hat ausdrücklich angeordnet, dass jede Versammlung überwacht werden muss, selbst wenn es die kleinste Mitgliederversammlung oder Betriebsversammlung ist. Demgegenüber ist doch mit Recht die Frage aufzuwerfen, ob es für diese große Zahl von Polizeibeamten keine nützlichere Tätigkeit gibt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Auf Grund des Hilfsdienstgesetzes werden die letzten Kräfte herausgeholt, um sie der Kriegswirtschaft zuzuführen, und hier hat man Hunderte und Tausende von Polizeibeamten, die eine völlig überflüssige, nutzlose und schädliche Arbeit verrichten, in den Versammlungen herumlungern und auf diese Weise ihre Zeit totschlagen. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Es ist auch geradezu unverständlich, wie man verlangen kann, dass die Diskussionen, die in einer Gewerkschaftsversammlung sprechen sollen, vorher angemeldet werden müssen. Wir haben dem Generalkommando des VI. Korps und ebenso oft den Herren im Kriegsministerium vorgemacht, dass das einfach unmöglich und falsch ist, dass es im höchsten Grade schädlich ist, diese Versammlungen nicht mit kürzester Frist zu gestatten. Wenn heute die Arbeiterschaft eines Betriebes in Unruhe gerät — und solche Dinge lassen sich nicht immer lange Zeit vorübergehen, sondern sie kommen manchmal über Nacht durch irgendeinen Vorgang im Betriebe — dann geht auf einmal die Sirene hoch und besteht die Anweisung zur Arbeitsniederlegung. Hat dann der Gewerkschaftsleiter die Möglichkeit, eine Betriebsversammlung abzuhalten, dann wird diese Versammlung in der Regel gestört, es wird eine Verhandlung herbeigeführt, und die Differenz wird ordnungsgemäß erledigt, ohne dass es zu einer Arbeitsniederlegung kommt. Aber da, wo das nicht möglich ist, werden Arbeitsniederlegungen wilder Art geradezu herausgefordert. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Nun kommt eine Betriebsversammlung zustande, der Gewerkschaftsleiter weiß selbst noch nicht, wie die Dinge laufen werden, er muss hören, was die Leute wollen, was sie für Beschwerden im Betriebe haben. Nun soll, wenn die Genehmigung eingeholt wird, angegeben werden, welche Redner sprechen werden.

Das ist ein Ding der Unmöglichkeit.

Denn jeder muss das Recht haben, in der Betriebsversammlung seine Beschwerden vorzutragen und seine Meinung zu sagen. Nur so kann Ruhe geschaffen werden, und nur so können die Leute in Ordnung ihre Angelegenheiten erledigen. Aber, meine Herren, das will man ja eben gar nicht im VI. Armeekorps und einigen anderen Armeekorps, in denen ähnlich gehandelt wird, sondern da scheint man durchaus bestrebt zu sein, die Arbeiter in eine Stimmung zu bringen, die sie schließlich zu irgend welchen Dummheiten verleitet. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

In welcher rigorosen Weise im VI. Armeekorps verfahren wird, dafür noch ein Beispiel. Ein Angestellter der Generalkommission, der das polnische Blatt „Dziwnia“ herausgibt, das den polnisch sprechenden Gewerkschaftsmitgliedern unentgeltlich zugestellt wird, hat ein Redeverbot vom Generalkommando erhalten, das sich auf die Dauer von 3 Monaten erstreckt. Und nun bitte ich Sie, zu hören, welche Gründe für dieses Redeverbot geltend gemacht werden, was dem Betroffenen nach der eigenen Anordnung des Generalkommandos zur Last gelegt wird. Er soll in der Verhandlung ausgeführt haben

die Arbeiter in Westfalen erhielten höhere Löhne

und hätten eine längere Arbeitszeit als die in Oberschlesien, der Schlichter habe im Jahre 1914 in Westfalen 6,19 Mark, in Oberschlesien 4,80 Mark, im zweiten Vierteljahr 1917 dort 10 Mark in Oberschlesien 7,79 Mark, im vierten Vierteljahr 11,50 Mark, hier 9,41 Mark bezogen. Das ist auf die bessere Organisation der Arbeiter

in Westfalen zurückzuführen. Meine Herren, diese Zahlen sind aus der Statistik entnommen, und die bekräftigt auch das Generalkommando nicht. Das Verbreiten soll aber darin bestehen, dass der Redner gesagt haben soll, diese höheren Löhne im Rheinland und in Westfalen seien auf die bessere Organisation der Arbeiter in Westdeutschland zurückzuführen. Der Redner hat das aber nicht gesagt, sondern er hat gesagt, neben anderen Ursachen sei das mit auf die bessere Organisation zurückzuführen. Aber selbst wenn er so gesagt hätte, ist das ein Grund, ein Redeverbot zu erlassen? Und weiter soll er gesagt haben:

Die Ansicht, dass die Arbeitgeber aus freien Stücken die Löhne erhöht hätten, sei irrig. Wir den Organisationen sei es zu verdanken, dass die Löhne in Oberschlesien in der letzten Zeit bedeutend gestiegen wären.

(Sehr richtig! b. d. Soz.) Das ist einmal nicht ganz zutreffend, der Redner hat gesagt: der Tätigkeit der Organisation ist es mit zu danken und außerdem natürlich auch der ungeheuren Teuerung, die es dem Arbeiter einfach unmöglich macht, unter den alten Bedingungen weiter zu arbeiten.

Des weitern wird ihm zur Last gelegt, dass er gesagt habe: „mit Rücksicht auf die immer mehr zunehmende Teuerung

müsse der Verdienst der Arbeiter um 25 Prozent erhöht werden,

außerdem müsse auch in Oberschlesien die achtstündige Arbeitszeit eingeführt werden, damit den Arbeitern Gelegenheit geboten werde, sich in der freien Zeit weiterzubilden, sie seien nicht nur für die Arbeit geschaffen, sondern hätten auch sonst, wo es erforderlich sei, ihren Mann zu stellen.

Das sind die Ausführungen, die das Generalkommando dem Redner zur Last legt. Ähnliche Vergarbeiterverbände haben in einer Konferenz beschlossen, 25 Prozent Lohnerhöhung zu fordern. Für diese Forderung ist der Redner eingetreten. Er hat dann darauf hingewiesen, dass die Vergarbeiter seit jeher die achtstündige Schicht fordern, dass aber im Krieg nicht möglich sei durchzuführen, sondern, dass die Vergarbeiter schon im Interesse des Landes die Lohnerhöhung leisten müssen, aber nach dem Krieg werde mit erneuter Energie die Forderung der achtstündigen Schicht vertreten werden. Das hat der Redner ausgeführt, und wegen dieser durchaus berechtigten, wie Sie zugeben werden, mäßigen und durchaus legitimen Ausführungen

bestimmt der Mann ein Redeverbot,

weil der Geheimrat Hilger das wünscht, der in jedem Gewerkschaftsangehörigen einen Verbrecher, einen Landesverräter und den schlimmsten Feind sieht. Und dieser Herr Hilger regiert in Oberschlesien und beim Generalkommando in einer Weise, wovon Sie sich keine Vorstellung machen. Aber dieser Geist, der das Generalkommando beherrscht, ist auch bei anderen Regierungsstellen zu finden. Gerade heute ist mir ein Auszug aus einer Verfügung des Regierungspräsidenten von Oppeln, des Herrn v. Miquel, an die Landräte zugegangen.

Da ist zum Schluss gesagt:

Die sozialdemokratischen Vergarbeiterverbände und die polnische Berufsvereinigung haben in der letzten Zeit an solchen Orten Versammlungen abgehalten, in denen man von ihrem Bestehen keine Ahnung hatte. Sie haben weder Vorstandsverzeichnisse noch die Statuten eingereicht. Zweifelhaft ist, ob man jetzt gegen die sozialdemokratischen Vergarbeiterverbände vorgehen soll. Der Regierungspräsident weiß nicht, dass die gewerkschaftlichen Ortsvereine keine politischen Vereine sind, dass sie weder Statuten noch Vorstandsmitgliedsverzeichnisse eingereicht haben. Es heißt dann weiter:

Gegen die polnische Berufsvereinigung ist ein Vorgehen geboten, da sich ihre Bestrebungen immer nach nationalpolnischen Tendenzen richten. Gegen die sozialdemokratischen Vergarbeiterverbände vorzugehen, hält der Herr Minister des Innern zurzeit nicht für ratsam. Besonders soll möglichst von Strafverfolgungen abgesehen werden, um nicht jetzt einen gerichtlichen Antrag herbeizuführen. Ich bitte, diese Bewegungen gut zu überwachen und dort, wo man ein Einschreiten für notwendig hält, vorzugehen.

Meine Herren, so werden die Gewerkschaften dort beurteilt, und so werden sie von den Behörden behandelt.

Ueber alle diese Vorgänge ist ein Duzend Beschwerden an das Kriegsministerium gerichtet worden, eine kleinere Zahl an den Herrn Reichskanzler. Das Kriegsministerium hat sich ein Schema zurechtgemacht, mit dem jeder Bescheid begründet wird. Das Schema lautet:

Die stellvertretenden Generalkommandos tragen die Verantwortung für die Sicherheit ihres Bezirks sie haben ihre Entscheidungen nach den örtlichen Verhältnissen zu treffen. Wenn in einzelnen Korpsbezirken die Bestimmungen des Vereins- und Versammlungsrechts scharfer gehandhabt werden und Verschärfungen eingebracht sind, so ist das durch die fortgesetzten Streikbewegungen, Hegerien und Wählerereien

notwendig geworden.

Zu diesem Lobe geht es weiter. Nun möchte ich auf eins hinweisen. Das Kriegsministerium beruft sich auf die fortgesetzten Streiks, Wählerereien und Hegerien. Nun liegen die Dinge aber so, dass gerade in ganz Schlesien von diesen Hegerien nicht das Geringste festgestellt ist. (Sehr richtig! hört, hört! b. d. Soz.) Das erkennt selbst der kommandierende General v. Egloffstein an, in einem Bericht, den es an das Kriegsministerium erlittet, der sich bezieht auf einen Streik der Arbeiter des Stahlwerks und des Maschinenbetriebs der Königshütte. Da heißt es unter anderem:

Ein Zusammenhang zwischen dem geplanten Demonstrationstreik der von der radikalen sozialistischen Jugendbewegung beauf-

tragt ausgeht und der durch ein in der Unionsdruckerei in Bärlich hergestelltes Flugblatt angefaßt werden sollte, hat nicht festgestellt werden können. Soweit bekannt ist, sind in Oberschlesien solche Flugblätter nicht zur Verteilung gekommen.

(Hört, hört! b. d. Soz.) Solche Flugblätter sind in ganz Schlesien nicht aufzutreiben, Schlesien ist von dieser Agitation vollständig unberührt geblieben.

Aber wie der stellvertretende kommandierende General dort seine Aufgabe, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, auffaßt, geht aus diesem Bericht an das Kriegsministerium hervor. Er beschwert sich darüber, dass die Rismarschälle den Arbeitern eine Wohnzulage gegeben hat, und sagt,

diese Wohnzulage sei die Ursache, dass der Streik in der Königshütte ausgebrochen ist. Weiter heißt es: Der Streik ist zurückzuführen auf gewisse Schwierigkeiten in der Ernährung, den Mangel an Speck und Fett und auch auf die Einwirkung der Gewerkschaftsleiter, die nach wie vor ihren Einfluss zur Erreichung politischer Ziele verläufen wollen. (Entscheidend! b. d. Soz.) Meine Herren, das ist das Urteil des kommandierenden Generals!

Außerdem wissen die Arbeiter, dass sie jetzt Sozialisten haben, sie sind sich ihrer Unentbehrlichkeit bewusst und nützen das aus. Wegen des Behaltens der Rismarschälle wird weiteres verlangt werden.

(Hört, hört! b. d. Soz.) Das heißt also: der Herr kommandierende General will seinen Einfluss auf die Rismarschälle ausüben, dass sie entweder die Lohnerhöhung zurückzieht oder wenigstens in Zukunft keine gewährt; denn dadurch könnten die Arbeiter in anderen Betrieben ja auch Lohnerhöhungen verlangen und dann schließlich, wenn sie sie nicht bekommen, streiken. So fördert man im VI. Armeekorps die Arbeiterinteressen! (Hört, hört! b. d. Soz.)

Ich sagte schon, dass für Schlesien alle diese herkömmlichen Behauptungen in dem Schreiben des Kriegsministeriums über die ungeheure heberische Agitation nicht zutreffen. Es ist weder eine solche Agitation getrieben, noch ist es ein solches Flugblatt verbreitet worden. Der Streik ist ein einziges Mal gestreift worden, und zwar im Januar dieses Jahres, als das allgemeine Streikfieber durch Deutschland ging. Dort haben in einigen großen Bergbetrieben die Arbeiter die Arbeit niedergelassen. Durch die Einwirkung der Gewerkschaftsleitungen haben sie bereits am anderen Tage die Arbeit wieder aufgenommen, und die Arbeiter streikten in den Streikversammlungen; wir sind zu Arbeitsniederlegungen gekommen, weil wir in erster Linie protestieren

gegen die ungeheure, brutale Unterdrückung,

die uns das Generalkommando des VI. Armeekorps zuteil werden lässt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das war die Erklärung, die die Leute für ihre Arbeitsniederlegung abgaben, und meine Herren, solche Arbeitsniederlegungen aus reiner Verärgerung, aus Verzweiflung über die Art, wie dort die Arbeiter gehandelt werden, wären schon in viel größerer Zahl auszubringen, wenn ich nicht meinen Einfluss dort in jeder Weise geltend gemacht hätte. In geheimen Konferenzen — denn sonst würde das Generalkommando mich einfach nicht haben reden lassen — habe ich den Leuten plausibel gemacht, dass sie die größte Dummheit begehen und dem Generalkommando die größte Freude bereiten würden, wenn sie sich zu einem solchen Vorgehen verleiten ließen. Ich sagte schon, dass man immer nur gegen bestimmte Generalkommandos diese Beschwerden erheben muss. In ganz Süddeutschland sind keine Beschwerden zu erheben. In Bayern, Württemberg, Baden, ja selbst im VII. Armeekorps können die Gewerkschaften im allgemeinen Beschwerden nicht erheben. Ihnen wird das Versammlungsrecht nicht so schwer gemacht, wie das im VI. Armeekorps der Fall ist. Ebenso im untreiben Königreich Sachsen, in Berlin, wo wir die größten Streikbewegungen gehabt haben, können Betriebsversammlungen und gewerkschaftliche Mitgliederversammlungen abgehalten werden ohne vorherige Anmeldung. So verständig ist das Oberkommando immer noch, dass es diese Vorteile nicht zubreht.

Meine Herren, Sie sehen also, dass es auch anders geht, anders und besser; denn in diesen Generalkommandobezirken ist die Arbeiterschaft nicht so verbittert, wie das im VI. Korps der Fall ist. Da ist natürlich einer zersetzenden Agitation nicht der Boden bereitet, wie er bereit wird — wenn auch wider Willen — durch die geradezu ungläublichen Brutallieferungen, die das Generalkommando sich dort zuschulden kommen lässt.

Aber, meine Herren, die Erklärung dafür, dass gerade in Schlesien eine solche Behandlung vorherrscht, ist im allgemeinen nicht schwer zu finden. Diese Tatsache ist darauf zurückzuführen, dass Schlesien beherrscht wird

durch die drei preussischen Leute.

(Sehr richtig! b. d. Soz.) Der Geist des Herrn v. Oldenburg-Januschau geht dort um. Er wird ganz besonders durch Herrn v. Jagow vertreten, der sich ja als Polizeipräsident von Berlin einen Namen gemacht hat. Dieser Geist des Herrn v. Oldenburg-Januschau lautet ja nur darauf, die Arbeiter zu gewalttätigen Kämpfen zu treiben, und er möchte gar zu gern dann diese Kämpfe blutig niederschlagen, um seine Gewaltthätigkeit desto besser zur Durchsührung bringen zu können. Die Handhabung des Versammlungsrechts, die dort von diesen Gesichtspunkten aus erfolgt, liegt in den Händen eines Hauptmanns Rebellung. Dieser Mann ist im Zivilleben Landgerichtsdirektor in Bentzen; (Hört, hört! b. d. Soz.) einer der größten Schamacher, (Hört, hört! b. d. Soz.) ein geschworener Feind der Arbeiterbewegung, (Hört, hört! b. d. Soz.) dem jede Gewalttat recht ist, (Hört, hört! b. d. Soz.) und gegen den man nichts tun kann, (Hört, hört! b. d. Soz.) Beschwerden kann man erheben, soviel man will, und man kann an die höchste Regierungshöhe gehen, Herr Hauptmann Rebellung macht, was er will, und damit ist die Sache erledigt. (Schluss in der Beilage.)

Familiennachrichten



Ein gutes, treues Gattenherz hat aufgehört zu schlagen!

Tief erschüttert, fast unglücklich, erhielt ich die schmerzliche Nachricht, daß mein innig geliebter, herzenguter, mir unvergeßlicher Mann, mein treusorgender Gatte, lieber Bruder, Schwager und Onkel

Otto Pfeiffer

Arbeitskollekte der Straßenbau-Komp. 43 im besten Mannesalter von 46 Jahren, nachdem er 3 Jahre 2 Monate alle Strapazen geduldig ertragen hatte, infolge sehr schwerer Verwundung am 17. Juli d. J. durch eine Granate an Kopf und Brust ein Opfer des grausigen Völkermordens geworden ist.

Breslau, Berlin, d. 25. Juli 1918. Rosenstraße 18

Im tiefsten Schmerz

Seine schwergeprüfte Gattin Klara Pfeiffer geb. Weiss.

Wer meinen lieben Mann gekannt, wird meinen Schmerz eressen können.

Wir beide wollten noch mal glücklich sein, Doch grausam griff das Schicksal ein, Nimm mir mein Liebste auf der Erde, Wie konnte dies nur möglich werden?

Verloren ist mein Höchstes was ich hatte, Vorbei ist meine Hoffnung und mein Glück, Die Scheidestunde schlug zu früh, Die Du geliebt, vergißt Dich nie, Nun ruhest Du aus auf fremden Höhen, Wo Du stierst schriebst: Auf ein gesundes Wiederseh'n.

Drum ruhe sanft, Du gutes Herz, Dir der Friede, mir der Schmerz. (5790)

Rode-Theater.

Max Walden - Gastspiel Täglich 8 Uhr: Klugster Erfolg Wo die Schwalben nisten. Sonntag nachm. 4 Uhr: Die blonden Mädchen vom Jägerhof.

Schauspielhaus.

Freitag 7 1/2 Uhr: Die Reis von Hamburg. Sonnabend und Sonntag 7 1/2 Uhr: Drei alte Schwelmer. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Die Kutschknechte. Montag 7 1/2 Uhr: Der liebe Augustin.

Liebig Theater

Heute abends 7 1/2 Uhr: Nur noch 6 Tage! Egon und seine Frauen. Gastspiel: Irene Fidler, Ida Vané, Carl Siebold.

Viktoria-Theater.

Heute u. tägl. 8 Uhr: Dollarprinzessin. Sonntag 8 1/2 Uhr: Der brave Fridolin.

ZEPTEKINO

Freitag, Sonnabends 8 1/2, 5, Sonntag 2 und 1/2 Uhr: Hedda Vernon. Die fremde Frau. Der Sekretär der Königin.

Zeltgarten.

Das große Spezialitäten-Programm. Schiager.

Damenkavale.

Herrliches Garten-Vorstellung. Neue! Die lustige Witwe. Neue! Eine ideale Brautnacht.

Eden-Theater.

Freitag-Montag: Die an der Sonne verbrennen. Wenn der Vater mit dem Sohne.

Königsgrund-Lichtspiele.

Freitag, Sonntag u. Montag: Die Rache d. Avenarius. Ein Filmroman in 5 Doppel-Akten.

UT Spiele

Die größte Sensation! An da Waterkant. Packausp. spann. Tragödie a. sin. gr. Hamburg. Wert u. a. Wahrscheinl. Verfolgung ein. an. sch. Situations in 5 großen Akten.

GASTWIRTSCHAFT UND GARTEN

Kriegerheim. Sonnabend und Sonntag: Frei-Konzert. Warme Rostfleischspeisen. Stadtbekannt erstklassige Küche.

Ämtliche Anzeigen

Kartoffelausgabe. vom 26. Juli nachmittags an in den Postgebietsrevieren 3, 8, 13, 20 und Markthalle I, auf die Marke Nr. 89 2 Pfund.

Voranmeldung für Lebensmittel.

Lebensmittelmarke 68, 64, 66, 82, 83, 88, 92. Die aufgerufenen Marken sind von Sonnabend, den 27. bis Dienstag, den 30. Juli, vorzulegen, und zwar:

a) die weißen und blauen Lebensmittelmarken 83 in den durch Zuehung kenntlichen Schokoladen- und Bäckereiwarenhandlungen, sowie Feinstoffhandlungen,

b) die rote Lebensmittelmarke 83 in den Lagern des Breslauer Konsum-Vereins, des Konsum- und Sparvereins "Fortwärt", bei den Mitgliedern der Ein- und Verkaufsgenossenschaft Breslauer Kolonialwarenhandler sowie bei den Mitgliedern des Verbandes Deutscher Feinstoffhändler,

c) die Lebensmittelmarke 66 nur in den durch roten Zuehung kenntlichen Geschäften; andere Geschäfte sind zur Annahme dieser Marken nicht berechtigt und werden mit Sperre auf keinen Fall beliefert.

d) die übrigen Marken in einem der bekannten verkaufsberechtigten Geschäfte.

Breslau, den 25. Juli 1918. 5795. Stadtverteilungsstelle. J. B.: Dr. Fuchs.

Arbeitsmarkt.

Arbeitsmarkt-Insertate

Buchführungspflicht der Gewerbetreibenden.

Kräfte Arbeiter und Arbeiterinnen

Bader

Militär-Arbeit!

Schuhmacher

Dorfgeschichten

Anschläger Glafer für etwa 200 Zementtären für Mitte August, sowie gefucht. Carl Tuschcherer Spezial-Daugeschäft, Breslau II.

Näherinnen außer Haus sucht Heuer, Steinauer Straße 8

Züchtige Zimmerer werden sofort eingestellt. 5888 Industriebau-Aktiengesellschaft, Zimmerstr. 8.

Zeitungsträgerinnen für alle Stadtteile zum baldigen Antritt gesucht. Expedition der Volkswacht Neue Graupenstraße 7, l. rechts.

Drei kräftige Arbeiter können sich melden. Holzplatz, 5786 Schönstraße 40.

Für Sonntag tüchtige Aushilfskräfte. Facharbeits-Nachweis f. d. Gastwirts-Gewerbe.

100 Montagearbeiter wie Monteure, Schlosser u. Arbeiter. 5793

Wirtschafterin a. d. Hande evtl. bei Witwe m. Kind. Angebote an Frau Hertha Corit in Kl.-Wg.

Arbeitsfrauen zur Anwesenheit am 1. u. 10. u. 17. melb. Koppo, An den Katenen 4.

Klempnergesellen sucht E. Lehmann Nachf. M. Hübner Bauteilfabrik, Alexanderstr. 30.

Maschinen, Schlosser und Frauen werden eingestellt. 5803 Enzingerwerke Breslau 3.

Mukden von L. Barzini mit 32 Bildern und 15 Kartenbeilagen nach den japan. Generalstabs-Karten.

Buchhandlung Volkswacht Modernes Antiquariat

Schubert & Spitzer, Am Neumarkt 19.

Schuhmacher zum Einbinden von Militärstiefeln und Holzschuh-Magler.

Dorfgeschichten von Heinrich Sohnrey mit Bilderschmuck. Preis 40 Pfg.

Am 24. d. Mts. entschlief sanft nach schwerem Leiden unsere gute Mutter, Schwiegermutter und Großmutter, die Schneiderin verw. Frau Agnes Tausendfreund geb. Sommer im Alter von 57 Jahren.

Geld an Personen jeden Standes sofort zu vergeben. H. BLUME, Hamburg 5.

Gute Bücher lesen unsere Soldaten gern in den Stunden der Ruhe. Nachstehende Bücher sind im Preise bedeutend herabgesetzt und sehr empfehlenswert.

Die an der Sonne verbrennen. Packender Roman einer kleinen Tänzerin.

Wenn der Vater mit dem Sohne. Glänzender Schwank. Sonntags ab 1 1/2 Uhr.

Entstehung und Geburt des Menschen mit 274 Bildern und weibl. Text 7.80.

Modern. Zahnersatz. G. Reiprich, Nr. 43. I.

Bestellungen auf sämtliche Zeitschriften und Reisejournale werden entgegengenommen.

Königsgrund-Lichtspiele. Wieder ein Riesenspielplan. Die Rache d. Avenarius.

Die an der Sonne verbrennen. Wenn der Vater mit dem Sohne. Glänzender Schwank.

Entstehung und Geburt des Menschen mit 274 Bildern und weibl. Text 7.80.

Modern. Zahnersatz. G. Reiprich, Nr. 43. I.

Bestellungen auf sämtliche Zeitschriften und Reisejournale werden entgegengenommen.

Arbeitsmarkt. in der Volkswacht kosten die kleine Zeile nur 20 Pfennige.

Arbeitsmarkt-Insertate. Buchführungspflicht der Gewerbetreibenden.

Kräfte Arbeiter und Arbeiterinnen gesucht. 5809 Fabrik technischer u. sanitärer Steingutwaren.

Bader für Tisch und Porzellan gesucht. 5769 Schubert & Spitzer, Am Neumarkt 19.

Militär-Arbeit! Schuhmacher zum Einbinden von Militärstiefeln und Holzschuh-Magler.

Dorfgeschichten von Heinrich Sohnrey mit Bilderschmuck. Preis 40 Pfg.

Schuhmacher zum Einbinden von Militärstiefeln und Holzschuh-Magler.

Buchhandlung Volkswacht. Die beste Liebesgabe ins Feld ist ein gutes Buch!

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 26. Juli.

Sommerfest des Sozialdemokratischen Vereins.

Samstag, nachmittags 4 Uhr, im Garten und Saal des Schießwerfers. Eintritt 60 Pf., für Kinder 10 Pf. Programm und Karten in der Expedition der „Volkswacht“ und im Parteisekretariat im Gewerkschaftshaus Zimmer 26.

Der Jahrgang 1870 wird nicht entlassen!

Amlich wird gemeldet: Die Entlassung auch nur eines Teiles des Jahrgangs 1870 wird aus militärischen Gründen in absehbarer Zeit nicht möglich sein. Die immer wiederkehrende Behauptung, daß die Entlassung des Jahrgangs 1869 mit seinen wenigen Monaten so gut wie gar keine Entlassung gewesen sei, widerspricht den Tatsachen, jetzt die amtliche Meldung hinzu.

Beschlagnahme des Obstes!

Wie der Leiter der Reichsstelle für Gemüse und Obst, von Lilly, am Donnerstag den Vertreter der Preise in Berlin mitteilte, wird die Obsternte des Herbstes voraussichtlich ungenügend ausfallen. Daher wird es notwendig, das gesamte Zulaufobst, soweit es nicht Edelobst ist, der Marmelade-Industrie zuzuführen, um die nötigen Mengen Anstich für Brot zu beschaffen. Auch der Bedarf des Heeres an Marmelade, Obstkonfitüren usw. ist nach seiner Mitteilung nur durch Zwangserfassung der Obsternte des Herbstes zu befriedigen. Der Erzeuger von Obst und Gemüse darf in seinem eigenen Haushalt und Betriebe verwenden und verarbeiten, was er will. Für den Absatz von Gemüse und Obst ist aber Genehmigung erforderlich.

Für die mengenmäßige Abgabe geringer Mengen an Verwandte und Bekannte, wenn es sich um nicht mehr als fünf Kilogramm Gemüse oder nicht mehr als ein Kilogramm Obst oder ein Kilogramm Zwiebeln handelt, ist eine Genehmigung nicht erforderlich. Außerdem soll ohne Beschränkung der Menge der Verkauf auf öffentlichen Märkten und in den Geschäften der Kleinhandlader freibleiben.

Allerdings, die Kleinhandlader werden nichts haben und die Märkte nichts sehen, wenn vorher alles für Marmelade beschlagnahmt wird. Von Äpfeln und Äpfeln wird also das deutsche Volk außer den grünen Griechischen, die heute in den Fenstern liegen, nicht viel sehen.

Herr Lilly meinte gleich: Die Ernte für das Herbstobst werde von sachverständiger Seite auf etwa 20 Millionen Zentner geschätzt. Freischobst werde es für die Zivilbevölkerung nur wenig geben, nur Tafelobst werde voraussichtlich in größeren Mengen auf den Markt kommen. Die Zufuhren aus dem

Ausland dürften voraussichtlich fast ganz in Fortfall kommen. Das „Tafelobst“ kennen wir vom letzten Mal! Inerjährlinglich fürs Volk oder kleine Griechisch!

Stadtkinder auf dem Lande.

Im Landhausenthalt waren vor Beginn der Ferien über 11 000 Kinder untergebracht. Es warten aber noch Tausende darauf, untergebracht zu werden, waren im vorigen Jahre über 30 000 Breslauer Kinder auf dem Lande. Doch sie wieder in ungenügender Zahl hinauskommen, liegt auch im Interesse der Ernte, bei der die Kinder mithelfen können. Das Verbot, daß die Kinder blossend nur vier Wochen fortdauern dürfen, trifft nicht zu, sie sollen vielmehr so lange wie möglich auf dem Lande bleiben.

Nächste Woche: Große Markenausgabe.

Von Montag bis Sonnabend nächster Woche werden Sammelmarkenbogen, Zulaufobst- und Zulaufkartoffelmarken und Seifenmarken für September bis Februar ausgeben. Näheres hierüber im Angeigentelle.

Militärurlaub, auch bis zur Entlassung beantragten Kriegsverletzten, erhalten alle ihnen zustehenden Lebensmittelfarten und -Marken an denselben Tagen in der Militärbrotmarken-Ausgabestelle in der Kommandantur.

Der Lebensmittelbezugschein und die Zusatzkarten für Schwerarbeiter sind mitzubringen.

Das Papier der neuen Sammelmarkenbogen, der Zulaufobst- und Zulaufkartoffelmarken, sowie der Nährmittelfarten ist zum Erhöhen der Schutz gegen Fälschung mit dem Wasserzeichen „M 18“ versehen, das insbesondere, wenn das Papier gegen das Licht gehalten wird, leicht zu erkennen ist.

Ärzte und Krankenkassen.

Wenn Ämtern nach jeder Wilsche nach Zukunft wieder festliche Kämpfe zwischen Ärzten und Krankenkassen bevor. Mit dem Ende des Jahres 1918 laufen etwa 75 Prozent aller in Deutschland zwischen Ärzten und Krankenkassen abgeschlossenen Verträge ab. Unter Verweisung auf die Erneuerungsverhältnisse beschließen die Ärzte nun, mit sehr erheblichen Forderungen an die Krankenkassen heranzutreten. Auf der Generalversammlung des Ortskrankenkassenverbandes Sachsen-Anhalt, die am Sonntag und Montag in Quedlinburg stattfand, wurde der Geschäftsführer des Landesverbandes deutscher Ortskrankenkassen, Lehmann-Dresden, mehrere Mitteilungen über die Absichten der Ärzte, worüber bisher noch so gut wie gar nichts in die weiteren Öffentlichkeit gedrungen ist. Danach hat der Leipziger Ärzteverband in einer Geheimtagung zu der Angelegenheit Stellung genommen und seine Beschlüsse in einer Reihe von Zeitungen niedergelegt, die in einem derzeit herauszubehaltenden Tone gehalten sind, das sich der Schluß antrug, die Ärzte beschließen, es unter allen Umständen zum Kampfe zu treiben in der Hoffnung, daß es besser als bei Verhandlungen ihre Rechnung zu finden. Eine derartige Ausnutzung der „Konjunktur“ von einem Stande, wie es der Arztstand ist, sei geradezu unerhört. Die Forderungen der Ärzte bewegen sich im Durchschnitt auf 50 Prozent Zuschlag zu den gegenwärtig geltenden Gebührensätzen, sowohl der Einzel-

leistungen als auch der Pauschalgebühren. In einzelnen Fällen geben die Forderungen auf 100 Prozent Zuschlag heraus. Dabei können von einer wirtschaftlichen Notlage der Ärzte nicht die Rede sein. Ganz abgesehen davon, daß es sogenannte „Kassenböden“ gebe, die innerhalb eines Jahres 20 000, 30 000, ja 60 000 Mark aus ihrer Kassenpraxis herauszuholen, belaufe sich der Durchschnitt des jährlichen Einkommens der Ärzte allein aus der Kassenpraxis auf 7000 bis 8000 Mark. Bei dem gegenwärtigen Ärztemangel seien die Ärzte bereit, sich zu verpflichten, daß sie auch nach dem Ende der Kassenpraxis auch aus ihrer Privatpraxis, als Zahnärzte, als sonstigen Querschnitt erziehen. Niemand denke daran, einen so wünschenswerten und geläufig hochstehenden Berufsstand Nahrungsforderungen anzusetzen und was aus der herrschenden Meinung an berechtigten Forderungen abgeleitet werden könne, werde durchaus entgegenkommen bei den Krankenkassen finden, aber was jetzt gefordert werde, sei unannehmlich und geradezu unerhört. Einem von dem Leipziger Ärzteverband herausgegebenen „Mitteltreiben“, der fast nur die Ärzte und Pflichten der Krankenkassen vortreibt, will der Landesverband deutscher Ortskrankenkassen demnach keinesfalls einen Mustervertrag entgegengehen, der die berechtigten Forderungen der Ärzte berücksichtigt und dessen Annahme durchzuführen versucht werden müsse. Da auf tragend welches Entkommen der Ärzte aber einwirken noch keinerlei Aussicht vorhanden ist, so wird wahrscheinlich ein Kampf entzünden, der an Heftigkeit den feinerzeitigen leibensgefährlichen Kämpfen zwischen Ärzten und Ortskrankenkassen weit hinter sich lassen wird.

Aufstellung der Arbeiter-Vorstellung.

Die nächste Vorstellung für kriegsbeschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen findet eine Aufführung der beliebten Operette „Ein Walzertraum“. Die Vorstellung beginnt wie immer Sonntag nachmittags um 3 Uhr, die Ausgabe der Billets am Tage zuvor zur gleichen Stunde.

Breslauer Hypothekendarlehenamt.

Von den 18 neuen Anträgen, die im Laufe des Monats Juni bei dem Amte eingingen, waren 14 von den Gerichten überwiesen. Einschließlich der aus dem Vormonat übergebenen wurden im Juni 20 Sachen erledigt, wobei 20 Grundstücke und 21 Hypotheken in Frage kamen. Bei 2 Grundstücken war bereits die Zwangsverwaltung, bei 2 anderen schon die Zwangsversteigerung angeordnet worden. 17 der in Frage kommenden Grundstücke eigen-tümlich waren Privatleuten, 3 gehörten verschiedenen Verufen an. Von den Grundstücken zählten 18 zu den Privatleuten, in einem Falle war es eine Bank, in zwei anderen sonstige Gewerbetreibende. Um bloße Zinsen handelte es sich in 6 Fällen, und die Gesamtsumme der in Frage kommenden Kapitalien betrug 603 000 Mark. Erledigung fanden durch Rücknahme 10, durch Vergleich 1, durch Gutachten 9 Sachen. Bei den Vergleich wurde in einem Falle Stundung für länger als 1/2 Jahr erreicht. Die Gutachten lauteten in 6 Sachen auf Stundung, in 3 auf Ansetzung der Zwangsvollstreckung.

Wie Höchstpreise beachtet werden.

Am 25. Juli wurde der Höchstpreis für Tafeläpfel auf 60 Pf. für ein Pfund festgelegt. Diesen Höchstpreis scheint jedoch die Preiskommission nur zu ihrer persönlichen Bemüherung festgesetzt zu haben, denn die Händlerinnen rücken sich durchaus nicht danach. So waren z. B. beim gestrigen Tage in der Ritterplatzmarkthalle die Äpfel an-

stehen Ständen noch mit 80 und 90 Pf. ausgesetzt. Allerdings muß zugegeben werden, daß man auch Äpfel mit dem Höchstpreise auszeichnen konnte. Doch, wie haben diese Tafeläpfel aus! In Friedenszeiten hätte man sie den Schweinen gegeben, und jetzt, als Wirtschafstafel das Pfund zum Höchstpreise von 25 Pf. verkauft, wären sie noch reichlich bezahlbar. Die Aufsichtsbeamten waren wohl damit beschäftigt, den Karten Andraha beim Verkauf. Verkauft werden sie zu regeln und diesen Umstand wachen sich die Händlerinnen anurde.

Genossenschaftszentrale der Bäder.

Am Donnerstag hielten die schlesischen Bädermeister im Vincenzpark eine Versammlung ab, in der die Zentrale „Silesia“ der schlesischen Bädergenossenschaft e. G. m. b. H. mit dem Sitz in Breslau gegründet wurde. Aufgaben der „Silesia“ sind: Ein- und Verkauf, Abschluss von Veräußerungs- und Lieferungsverträgen, Vermittlung von Käufen und Lieferungen sowie die Vertretung des schlesischen genossenschaftlich organisierten Bäderhandwerks gegenüber allen in Betracht kommenden Stellen. Die Mitgliedschaft kann auch auf Nichtmitglieder ausgedehnt werden.

Laubheimsammlung der Breslauer Schulen.

Bis zum Beginn der Ferien sind in 10 Tagen 2086 Zentner Laub gesammelt worden. Leider kann die Auszahlung der Sammelgelder an die Kinder erst nach der Ferien erfolgen, weil in den Ferien eine genaue Feststellung der an der Sammlung beteiligten Kinder nicht möglich ist.

Die Laubheimsammlung wird auch in den Ferien fortgesetzt. Es ist mit Dank und Freude zu begrüßen, daß sich nicht nur über 4500 Kinder sowohl der Volk-, Mittel- und höheren Schulen wie auch der Privatschulen für die Sammelarbeit in den Ferien zur Verfügung gestellt haben, sondern auch eine große Anzahl von Lehrern und Lehrerinnen sich bereit erklärt hat, die sammelnden Kinder zu beaufsichtigen. Leider ist aber schon am ersten Tage kaum die Hälfte der gesammelten Laub erstanden. Ganz abgesehen davon, daß die Kinder unvorsichtigerweise zu viele Laubblätter umförmig mitnehmen, so sammeln, liegt es doch im Interesse der Sache, daß diejenigen, die sich einmal gemeldet haben, auch regelmäßig an der Sammlung teilnehmen.

Mit Rücksicht auf die verhältnismäßig geringe Zahl der bis jetzt zum Sammeln erschienenen Kinder sollen vom heutigen Freitag ab Knaben und Mädchen gemeinsam sammeln. Selbstverständlich werden auch noch solche zugelassen, die sich bislang nicht gemeldet haben. Sie brauchen sich nur bereits sammelnden Schülern ihren Namen angeben.

Die Polizeistunde im Landkreis.

Der Verein der Saal- und Konzertveranstalter von Breslau und Umgebung hatte sich an den Regierungspräsidenten mit der Bitte gewendet, die Polizeistunde für die Schenkstätten im Landkreis nicht wie bisher auf 10 Uhr abends, sondern auf 11 Uhr abends festzusetzen. Zugleich war gebeten worden, eine bessere Belieferung der Gastwirtschaften des Landkreises Breslau mit Lebensmitteln eintreten zu lassen. Der Regierungspräsident hat nunmehr den Verein ergeblich dahin beschieden, daß er bei seinem ablehnenden Bescheide bezüglich der Verlängerung der Polizeistunde verbleibe, und daß der gegenwärtige Stand der Ernährungsverhältnisse eine Sonderbelieferung der Gastwirtschaften im Landkreis Breslau mit Nahrungsmitteln nicht gestatte.

Aus aller Welt.

Samler-Statistik.

Recht interessante Zahlen aus dem Gebiete des Samler- und Schleichhandels werden wieder einmal bekannt. In 38 Dörfern sprachen eines Tages bis zum Mittag 38 Personen von auswärts bei einem einzigen Landwirt vor, die Lebensmittel kaufen wollten und jeden Preis zu zahlen bereit waren, wenn sie nur etwas bekämen. Unter den Besuchern befanden sich eine größere Anzahl von Soldaten, da das Publikum der Meinung ist, daß Soldaten von den Bauern immer noch eher etwas erhalten, als eine Zivilperson. — In einem Prozesse, des dieser Tage in Osnabrück verhandelt wurde, konnte festgestellt werden, daß ein Zulauf aus Berlin an seinen Lieferanten im Kreise Burg im Laufe eines Jahres für 30 000 Mark Lebensmittel gekauft hatte. Der Lieferant, ein Landwirt aus Laer, der namentlich Butter, Fleisch und Eier vertrieb, erhielt täglich Geldsendungen von 1000 bis 2000 Mark, daneben noch schätzbare Einkaufsbetriebe. Von einer mitangelegten Frau Bauhoff wurde ermittelt, daß sie vier Hotels in Münster mit Fleisch versorgt hatte. Der Landwirt erhielt 6 Monate Gehalts und 8000 Mark Geldrate, die Frau 2000 Mark Geldrate.

Gegenüber dem Preiswucher, der von manchen Landwirten mit ihren Erzeugnissen getrieben wird, hat der Landrat des Kreises Kleve auf einer Versammlung der Rindviehhändlergenossenschaft des Kreises Kleve, aber durchaus angebrachte Worte gefunden, indem er erklärte: „Die Himmelskinder, die Preiswucherer, die sich auf Kosten der Allgemeinheit bereichern, das sind Verbrecher. Ich setze sie nächstens ins Zuchthaus, wenn ich Strafrichter wäre.“

Schweres Autounfall in Berlin.

In der Lehrter Straße hat sich Mittwoch abend gegen 11 Uhr ein schweres Autounfall ereignet. Um diese Zeit wurde eine Sammelkette von Soldaten

die von einer Lebung aus Wandsdorf bei Jossen kam, mit Regimentsmusik durch die Lehrter Straße nach dem Militärbahnhof Dönhofsstraße, um von dort nach der Front abzureisen. In der Ecke Perleberger Straße erlitt nun der Marsch jäh eine Unterbrechung durch einen Kraftwagen. Dieser kam die Perleberger Straße herauf, bog in schneller Fahrt in die Lehrter Straße ein und fuhr direkt in die durch die Regimentskapelle gebildete Spitze der Kompagnie hinein. Einige Soldaten wurden hierbei überfahren, andere zur Seite geschleudert. Es wurde sofort die Feuerwehr benachrichtigt, die mit zwei Wagen erschien, um die Verletzten fortzuführen. Von den Soldaten wurden fünf schwer und zehn leicht verletzt. Es fanden im Garnisonlazarett in der Schornhofstraße Aufnahme. Ob er, wie ursprünglich angenommen wurde, zur Zeit des Unfalls angetrunken war, konnte nicht mit Sicherheit festgestellt werden. Er erhielt übrigens von den aufgeregten Soldaten eine derbe Scheltung.

Unter den Leichtverletzten befinden sich auch drei Zivilpersonen.

Das Ende des Buchenlaubabfalls. Der „Frankfurter Zeitung“ wird berichtet, die weitgehende Verwendung von Laub als Zulaufzusatz habe sich als nicht durchführbar erwiesen. Die Wiesener Zentrale für den Lebensmittelbedarf hat an die Zulaufkartoffelmarken die Mitteilung abgegeben, daß die Verwendung von getrocknetem Buchenlaub für Zulauf für den Lebensmittelbedarf bestimmt ist, nicht mehr statthaft ist. Die Kritik der Presse in Deutschland hat also gewirkt. Hoffentlich beglückt man jetzt die Soldaten nicht mit einem Laub aus Buchenlaub, „Ersatz“, denn es gibt in deutschen Gärten, Fluren und Wäldern noch gar viele Bäume und Büsche, die ein wenig schones Laub tragen, wie die jetzt austangierte Buche. Wenn kein Laub mehr vorhanden ist, so verabreicht man gar nichts und verlohne die Raucher mit solchem Schwindelzeug. Wer Baumblätter rauchen will, der kann sie sich selber zusammensuchen, denn schon es immer ausreichenden Reichtum

die das zusammengescharrte Laub den Verbrannten auf dem Wege über die Zulaufkartoffelmarken für schweres Geld zusammen läßt. From- und Bekanntheit ammen erleichtert auf.

Dieses Gold wird nicht beschlagnahmt! Die „Schlesische Volkszeitung“ meldet unter der Spitzmarke: „Falsche Richtung“: In vielen katholischen Gemeinden des Bistums Fulda hatte das neuerdings verbreitete Gerücht von der Auferstehung der Verstorbenen, daß der Staat, um dem Goldbedarf des Reiches abzuwehren, einen Teil der goldenen, kirchlichen Gegenstände (Monstranzen, Kelche usw.) beschlagnahmen wolle. Die Bischöfe haben jetzt, wie der „Berl. Lokal-Anz.“ mitteilt, an zuständigen Stellen angefragt und die Versicherung erhalten, daß eine solche Maßnahme zurzeit nicht geplant sei.

Gehört dieses Gold nicht dem Vaterlande?

Bis drei Millionen Eier verschwand. Die letzte Festlegung in Bayern hat eine Million Hühner mehr ergeben. Das macht in der Eierzeugung drei Millionen Stück mehr. Wenn auch zugegeben werden muß, daß die Zahl der Hühner mangels anderer Ernährungsmittel mehr als früher zu Eiern greifen, so sind drei Millionen Stück Zuwachs doch eine sehr beträchtliche Summe. Von diesen drei Millionen Hühnern war bei der Eierlieferung nichts zu sehen. Hier hat sicher der Schleichhandel seine Hand im Spiele!

1000 Fuß tief abgetürzt. Aus Johannesburg meldet Reuters: Auf der Bier-Exposition in London infolge Seilbruchs der Seilbahn hundert Fuß hinab und tötete 21 weiße Arbeiter.

Die Grippe in Mexiko. In der nordwestlichen Hauptstadt sind jetzt etwa 20 000 Personen an der spanischen Grippe erkrankt. Sie scheint noch immer nicht ihren Höhepunkt erreicht zu haben. Sie forderte auch mehrere Todeopfer. In allen solchen Fällen ist Augenentzündung hinzu.

Einkauf des Zuffoblenkes Wien-Tafel. Der Zuffoblenkes Wien-Tafel ist wegen verschiedener Unannehmlichkeiten von

ab bis auf weiteres eingestrichelt worden. — In der kurzen Zeit seines Bestehens hat der Zuffoblenkes bereits 4 Todeopfer unter dem „Zuffoblenkespersonal“ gefordert.

Wie die heilige Schrift praktisch angelegt wird. Bei einem Schuleramen hörte der Vater eines Schülers, ein Beamter, wie der Lehrer das Bibelwort erklärte: „So dich jemand auf die linke Wange schlägt, so biete ihm auch die rechte.“ Auf dem Heimwege fragte er den Lehrer, ob er auch wirklich im Ernst auf dem Boden dieser Lehre stehe. Als der Befragte bejahte, gab ihm der Beamte einen Schlag auf die linke Wange, und als der Lehrer ihm zu seiner Ueberraschung wirklich die rechte hinstreckte, auch auf diese. Nun schien es aber dem Lehrer, als sei es nur recht, wenn er dem Beamten auch ein anderes Wort der Schrift auslege, und zwar dieses: „Mit dem gleichen Maße, mit dem ihr messt, soll auch ihr gemessen werden!“ Und damit gab er ihm die Ohrfeigen wieder zurück. Nun begann eine regelrechte Schlägerei zwischen den beiden. Der Arzt des Ortes, der vorbeigefahren kam, schickte sehr eilhaft seinen Kutscher hin, um zu erfahren, warum die beiden Männer sich prügelten. Nach ein paar Minuten kam der Kutscher zurück mit dem Bescheid: „Der Beamte und der Schullehrer legen einander nur die heilige Schrift aus!“

Chinesische Logik. Ein französischer Missionar, der auf einem Boote in der chinesischen Westprovinz Szechuan den Yangtse aufwärts fuhr, wurde in der Nähe der Stadt Fuchou vom Ufer aus beschossen. Die Gegenwärtigen von Aufständischen und Mäurerbanden, der Fall hatte also weiter nichts Auffallendes. Zum Glück richteten die Kugeln keinen Schaden an. Der Missionar gebot seinen Bootleuten, am Ufer zu halten, damit er sich mit den Angreifern verständigen könne. Das geschah, und als die Banditen sahen, daß es sich um einen Europäer handelte, entschieden sie, daß er seine Fahrt ungehindert fortsetzen dürfe — aber er mußte die Patronen bezahlen, die man unangenehm auf ihn abgefeuert hätte. Der Missionar, mit offenkundigen Gedankengängen seit längerer Zeit besetzt, meinte sich nicht.

